

STAATSANZEIGER

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Nr. 3 / 27. Januar 2003 / 52. Jahrgang

Landespolitische Wochenzeitung

Preis 1,60 € / E 6431 / ISSN 0404-603 X

Teufel lehnt höhere Dienstwagensteuer ab

Scharf kritisiert hat Ministerpräsident Erwin Teufel die Absicht der Bundesregierung, die Dienstwagensteuer von einem auf anderthalb Prozent zu erhöhen. Die Bundesregierung müsse nach der jüngsten Annäherung des Bundeskanzlers an die Interessen der Wirtschaft auch in der Steuerpolitik klare Signale für Wachstum und Beschäftigung setzen. „Der Verzicht auf eine höhere Dienstwagenbesteuerung wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung“, betonte der Regierungschef in Stuttgart.

Baden-Württemberg werde sich im Bundesrat dafür einsetzen, eine solche massive Beeinträchtigung von der Automobilindustrie abzuwenden, kündigte Teufel an. „Die von der Bundesregierung geplante Anhebung der Dienstwagensteuer ist mit Baden-Württemberg nicht zu machen.“ Im Übrigen gehe die Rechnung der Bundesregierung, damit höhere Staatseinnahmen zu erzielen, nicht auf. Es sei nämlich auf Grund der Zusatzbelastung mit einem empfindlichen Rückgang bei der Nachfrage zu rechnen. Dies beträfe insbesondere die vielen Außendienstmitarbeiter der Unternehmen. „Die Dienstwagensteuer muss vom Tisch. Sie bringt wenig und schadet viel“, betonte der Ministerpräsident. red

Jugendstrafrecht soll verschärft werden

Jugendliche Gewalttäter sollen nach dem Willen Baden-Württembergs künftig schärfer bestraft werden. Dazu soll noch im ersten Halbjahr eine Bundesratsinitiative gestartet werden, kündigte Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck (FDP) in Stuttgart an. Danach sollen Jugendliche in Zukunft zu Haftstrafen von bis zu 15 Jahren verurteilt werden können – bisher waren es maximal zehn Jahre. Außerdem soll in Zukunft auf Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) Erwachsenenstrafrecht angewendet werden.

Werwig-Hertneck machte darauf aufmerksam, dass allein in den letzten zehn Jahren die Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahren um fast 60 Prozent gestiegen sei. Im Interesse der Sicherheit müsste deshalb das Jugendgerichtsgesetz aus dem Jahre 1974 dringend reformiert werden. Für Heranwachsende sollte künftig das Erwachsenstrafrecht gelten. „Ab dem 18. Lebensjahr darf man Auto fahren oder heiraten, wählen oder sogar Unternehmen gründen“, sagte sie. lsw

Diese Woche

Finanzen auf Talfahrt

Der Stuttgarter Regierungschef Andriof stellt Eckdaten der kommunalen Haushaltsplanung für das Jahr 2003 vor Seite 3

Reif für die Olympischen Spiele

Das Land will sich an einer internationalen Bewerbung Stuttgarts beteiligen Seite 4

Gesundheitstourismus

Minister Döring verweist auf die neuen Möglichkeiten für die Reisewirtschaft Seite 5

Weniger Lehrstellen

Ministerpräsident Erwin Teufel appelliert an Betriebe, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen Seite 6

Kultur: Neue Wege

Das Badische Landesmuseum in Karlsruhe hat sich umstrukturiert und will künftig wirtschaftlicher arbeiten Seite 7

Größere Schulklassen

Die Zahl der Schüler an Haupt-, Förder- und Realschulen sowie Gymnasien stieg leicht an Seite 8

Service für Biotechnologie

Neue Gesellschaft des Landes unterstützt Forscher bei Schaffung neuer Therapien und Produkte Seite 9

Landtagsdebatte über

Mittelstandspolitik Seite 10

Sonderthema

Gedenkstätten Seite 11

Multimedia

Seite 13

Fachbücher

Seite 13

Stellenausschreibungen

Seite 13

www.staatsanzeiger-bw.de

Teufel würdigt deutsch-französische Freundschaft

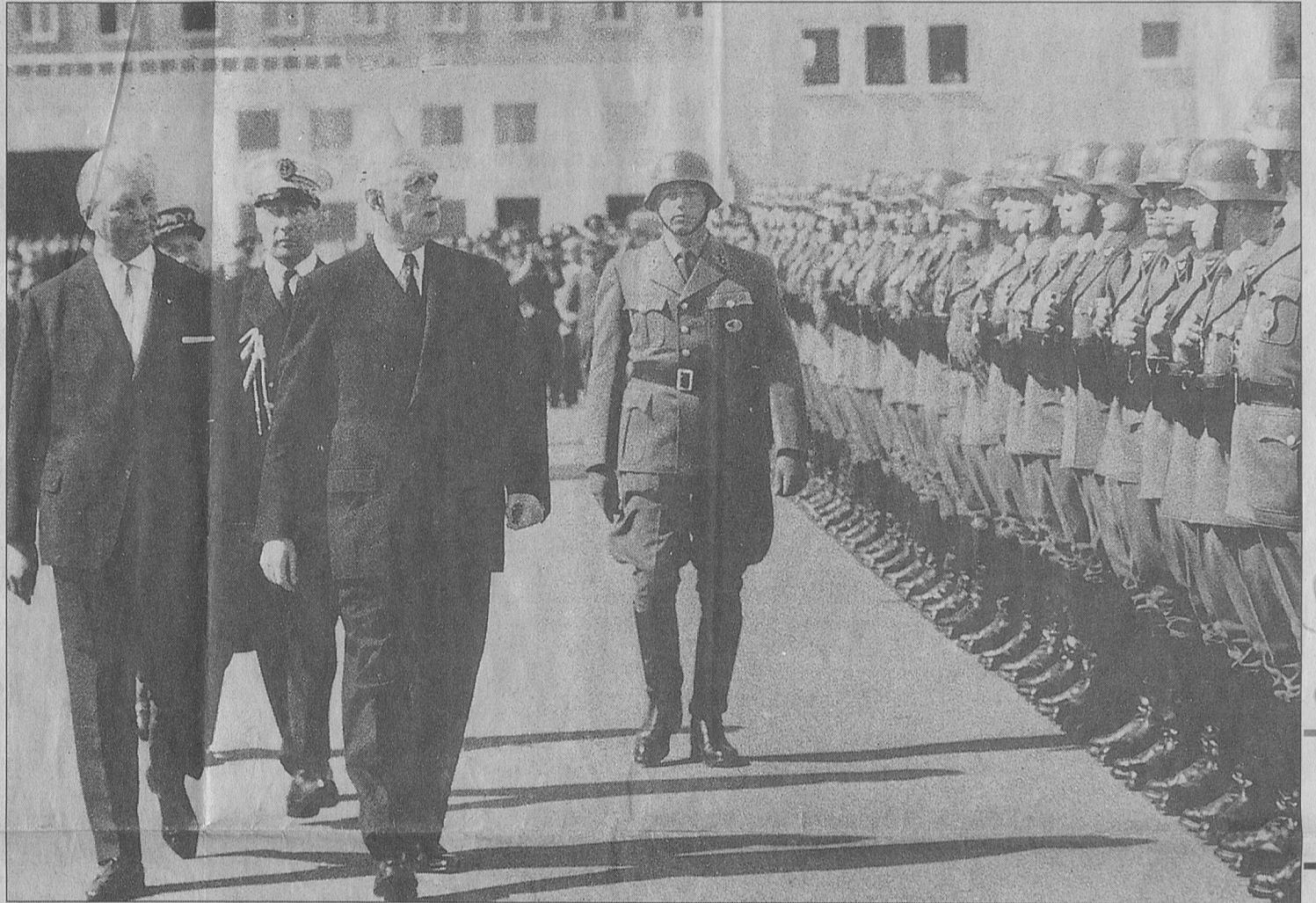
Rede zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages vor dem französischen Senat – Ziele des Verfassungskonvents erläutert

Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist zu einem wesentlichen Bestandteil der europäischen Nachkriegspolitik geworden. Diese Auffassung hat Ministerpräsident Erwin Teufel als Vertreter des Bundesrats während der Feierstunde des französischen Senats zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages in Paris vertreten. Während seiner Rede „Zur Rolle des Deutschen Bundesrates und des Französischen Senats in der Europäischen Union“ betonte der Regierungschef, die deutsch-französische Freundschaft ist nicht nur eine Sache des Vertrages. Sie sei inzwischen verankert in den Herzen der Menschen. „Ein Krieg ist undenkbar geworden zwischen unseren Völkern. Die dritte Generation wächst in Frankreich und Deutschland heran, die noch keinen Krieg erlebt hat. Dies ist eine große Leistung der Politik und von herausragenden Persönlichkeiten in beiden Ländern.“

Teufel erklärte weiter: „Ein neues Kapitel unserer Geschichte ist aufgeschlagen: Wertschätzung und Zusammenarbeit, gemeinsame Zukunft in einem vereinten Europa und in der westlichen Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein gemeinsamer Markt und eine gemeinsame Währung. Schüleraustausch und Hunderte von Städtepartnerschaften. Frankreich hat die Wiedervereinigung Deutschlands bejaht und ermöglicht.“

Der Ministerpräsident wies ferner darauf hin, dass Europa eine neue Verfassung bekommen müsse. Für diesen Vertrag arbeite der Verfassungskonvent unter Vorsitz des langjährigen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing. Dafür setze er sich als Vertreter des Deutschen Bundesrates im Konvent ein und er arbeite „denkbar eng“ mit dem Vertreter des Französischen Senats im Konvent, Hubert Haemel, zusammen. Man trete in Brüssel gemeinsam mit anderen dafür ein, dass die „Regionen“, wie es in der Sprache der Union heiße, also die französischen Regionen und die deutschen Länder, aber auch die Städte und Gemeinden, in der künftigen europäischen Verfassung den ihnen gebührenden Platz erhielten. Dies sei ein konkretes Stück deutsch-französischer Zusammenarbeit im Geiste des Elysée-Vertrages von 1963. „Unsere gemeinsame Vision ist eine bürgernahe Europäische Union“, unterstrich Teufel, „dafür muss Europa von unten nach oben aufgebaut werden und nicht von oben nach unten. Das Fundament sind starke Städte und Gemeinden. Darauf bauen starke Regionen und Länder. Die Nationalstaaten sind die nächste Ebene und sie sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Europäische Union muss diejenigen Aufgaben wahrnehmen, die über die Kraft der Nationalstaaten hinausgehen.“

Das Bauprinzip für diese Ordnung Europas sei das Subsidiaritätsprinzip. Es lasse Vielfalt so viel wie möglich und schaffe Einheit so viel wie nötig. Bei 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union von Brest bis vor die Tore von Brest-Litowsk und von Schottland bis Zypern mit einer Bevölkerung, die ungefähr 450 Millionen Unionsbürger umfassen wird, sei es notwendiger denn je, dass die Bürger dieser großen Union auf der fernen europäischen



Der Staatsbesuch des französischen Präsidenten Charles de Gaulle (Bildmitte) am 9. September 1962 in Baden-Württemberg stieß auf große Resonanz. Im Hof des Ludwigsburger Schlosses hielt er vor rund 10 000 vor allem jungen Zuhörern eine wegweisende Rede für die künftigen deutsch-französischen Beziehungen. Ministerpräsident Kurt-Georg Kiesinger (im Bild links) bescheinigte ihm danach: „Sie dürfen die Überzeugung mitnehmen, dass Sie die Herzen eines ganzen Volkes im Sturm erobert haben.“ Foto: Landesmedienzentrum

Republik und will es bleiben. Wir sind in Deutschland aus Überzeugung ein Bundesstaat. Die Länder in Deutschland waren vor dem Bund da und sie sind Staaten. Die unterschiedliche innere Ordnung soll auch in Zukunft so bleiben. Sie ist Sache der Verfassung des jeweiligen Mitgliedstaates. Wir wollen dies bei der Umschreibung der ‚nationalen Identität‘ in der Unionsverfassung klar zum Ausdruck bringen, dass die regionale Gliederung, die Kommunale Selbstverwaltung und die Kultur nationale Angelegenheit bleiben muss. Die neue französische Regierung unter Ministerpräsident Raffarin habe die Stärkung der Regionen zu einem wichtigen Anliegen gemacht. „Mir scheint, dass Deutsche und Franzosen heute in der Überzeugung vereint sind, dass wir eine Verfassung der künftigen Europäischen Union benötigen, welche die Union dadurch stärkt, dass sie die Kräfte der innerstaatlichen Vielfalt für das gemeinsame Werk mobilisiert.“

Der Regierungschef wies außerdem darauf hin, dass Europa weitere, wichtige Aufgaben zu wachsen werden. Dies betreffe die gemeinsame Außenpolitik und Verteidigung ebenso wie zentrale Felder der Innenpolitik wie die Terrorismusbekämpfung. Teufel: „Ich erinnere nur an eine stärkere europäische Gemeinsamkeit bei der Arbeit der Polizei und Justiz oder an die Notwendigkeit einer europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik. Wir wollen die komplizierte Struktur der drei ‚Pfeiler‘ der

Im Kreise gleichgesinnter Konventsmitglieder

wurf des Konventes für die europäische Verfassung einzubringen. Teufel: „Wir treffen uns in Brüssel regelmäßig als ‚Freunde der Subsidiarität‘ im Kreise gleich gesinnter anderer Konventsmitglieder.“

Teufel wies auch auf die staatspolitischen Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland hin. Zwar seien sich beide Staaten im Laufe der letzten Jahrzehnte in ihrer inneren Struktur näher gekommen, wichtige Unterschiede seien jedoch nicht zu übersehen: „Frankreich ist eine unteilbare

Union vereinheitlichen und soweit als möglich durch gemeinschaftliche Politiken ersetzen. Aus dem Konvent wird auf diese Weise ‚mehr Europa‘ hervorgehen.“ Gleichzeitige sei es das Ziel der „Freunde der Subsidiarität“, im Konvent aus Deutschland, Frankreich und anderen Mitgliedstaaten die künftige europäische Verfassung so einfach wie möglich zu gestalten, damit sie vom Bürger verstanden werde. Das sei heute nicht der Fall. „Deshalb setzen wir uns für eine klare Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten ein. Jeder muss wissen, wer was entscheidet und wer dafür verantwortlich ist“, unterstrich Teufel, der weitere Ziele formulierte: „Die nationalen

Parlamente sollen Initiativen frühzeitig erfahren

Parlamente sollen frühzeitig von einer Gesetzesinitiative der Europäischen Kommission erfahren und innerhalb einer kurzen Frist Hinweise auf eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips geben können. Die nationalen Parlamente sollen auch ein Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof bekommen, wenn ihre Rechte verletzt sind. Wir werden jetzt darauf achten müssen, dass nicht nur die Ersten Kammern dieses Recht erhalten, sondern alle nationalen Parlamente, also auch der Französische Senat und der Deutsche Bundesrat.“

Teufel betonte zusammenfassend: „Dauerhaften Bestand wird dieses Europa nur haben, wenn es sich auf seine gemeinsamen Wurzeln besinnt. Zu Recht hat das Konventspräsidium in seinem Ende Oktober letzten Jahres vorgelegten Vorentwurf die Aufnahme der grundlegenden europäischen Werte in den Anfang der Verfassung vorgeschlagen. Sie rühren aus dem geistigen, religiösen und sittlichen Erbe Europas her: die Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Demokratie, Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit. Zur Freiheit gehört dabei diejenige des Individuums, aber auch der kleineren und größeren Einheiten, in die sich ein Staatswesen nach unseren europäischen Traditionen gliedert. Wir müssen Europa eine Seele geben, wie Jacques Delors formuliert hat.“ red

● Der historische Staatsbesuch Präsident de Gaulles von 1962 in Baden-Württemberg ist Thema eines Beitrags in „Momente“ Nr. 3/2002, dem Geschichtsmagazin des Staatsanzeiger-Verlages.

Steuereinnahmen unter Haushaltsansatz

Finanzminister Stratthaus: Schlechte Konjunktur verdirbt den Bürgern im Land die Kaufkraft

Im erfahrungsgemäß aufkommenstärksten Monat Dezember 2002 lagen die Steuereinnahmen bei knapp über drei Milliarden Euro und damit um rund 110 Millionen Euro unter dem Vorjahresniveau. Dies teilte Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) in Stuttgart mit. Von Januar bis Dezember 2002 seien die Steuereinnahmen mit 21,3 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2001 um 759 Millionen Euro zurückgegangen.

Die für den Vorjahreshaushalt angesetzten Werte seien dadurch deutlich unterschritten worden. Die Abweichung belaufe sich nach dem Dezember-Ergebnis auf 7,4 Prozentpunkte.

Die Ursachen für die negative Steuerentwicklung lagen laut Stratthaus in der schleppenden Konjunktur sowie der schwachen

Entwicklung bei der Körperschaftsteuer. Die Einnahmeerwartungen beim Körperschaftsteueraufkommen seien im Dezember vergangenen Jahres zwar um rund 100 Millionen Euro übertroffen worden, „dies ist jedoch ein reines Zufallsergebnis und nicht repräsentativ für das Gesamtjahr“, meinte der Finanzminister.

Insgesamt seien die Einnahmen bei der Körperschaftsteuer um mehr als 236 Millionen Euro hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben. Beim Umsatzsteueraufkommen sei das ohnehin schon schlechte Resultat in 2001 nochmals unterschritten worden. „Auch im Jahr 2002 verdarb die schlechte Konjunktur den Bürgern die Lust am Einkaufen“, erläuterte Stratthaus. Zusätzlich würden die öffentlichen Haushalte durch den überhöhten Tarifabschluss belastet. Um die Lücken im Landeshaushalt nicht ausfüllen zu lassen, bleibe daher keine andere Wahl, als weiterhin nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, betonte der Finanzminister. red